



Ads By SupraSavings

Opfer von Homophobie in BaWü

Schwul und immer noch vorbestraft

SPD und Grüne in Baden-Württemberg wollen sich bei den Opfern des Schwulenparagrafen 175 entschuldigen. Betroffene sollen rehabilitiert werden.

HOMOSEXUALITÄT



Regenbogen gibt es auf der ganzen Welt, so wie Schwule und Lesben. Aber nicht alle leben unter den gleichen Bedingungen: während die einen Hochzeit feiern, werden andere bedroht.

Politik / Deutschland

13. 07. 2014

LENA MÜSSIGMANN

BW-Korrespondentin



THEMEN

[Homophobie](#),
[Baden-Württemberg](#),
[Grüne](#),
[SPD](#),
[CSD](#),
[Schwerpunkt Homosexualität](#)

Bis 1969: verbotene [LIEBE](#).

Bild: dpa

STUTTGART taz | V-Männer in der Schwulenszene, eine Fotosammlung mit Verdächtigen – in den Fünfzigerjahren brüstete sich die Stuttgarter Sittenpolizei damit, „zum Schrecken der Homosexuellen Stuttgarts geworden“ zu sein. Ein hochrangiger Beamter lobte „tüchtige Beamte“, denen die gesteigerte Anzeigen-Zahl zu verdanken sei. Grundlage war der sogenannte Schwulenparagraf 175 im Strafgesetzbuch, in dem es hieß: „Ein Mann, der mit einem anderen Mann Unzucht treibt oder sich von ihm zur Unzucht mißbrauchen lässt, wird mit Gefängnis bestraft.“ Der Paragraf 175 galt in dieser Nazifassung bis zum Jahr 1969.

In der Nachkriegszeit war Baden-Württemberg Vorreiter bei der Verfolgung Homosexueller. Allein 1959 wurden dort 29 Prozent aller bundesweiten Urteile nach Paragraf 175 verhängt. Zwischen 1957 und 1969 gab es nach Recherchen der Grünen-Fraktion im Landtag insgesamt 5.400 Verurteilungen. Die Männer – heute 65 Jahre alt oder älter – gelten noch immer als vorbestraft.

Ads By SupraSavings

Ads By SupraSavings

Dieser Geschichte will sich nun auch die Landespolitik stellen. Die

gezahlt und gegebenenfalls bei der Aufarbeitung von Traumata geholfen werden.

Ralf [Bogen](#) hat ein Stück homosexuelle Geschichte [des Landes](#) aufgearbeitet und in dem Buch „Die Geheime Staatspolizei in Württemberg und Hohenzollern“ veröffentlicht. Er kennt zwei Männer, die nach Paragraf 175 verurteilt wurden. Bis heute wollen sie damit nicht an die Öffentlichkeit. „Die sind traumatisiert“, sagt Bogen, „sie sind ihr ganzes Leben ausgegrenzt und kriminalisiert worden. Nie hat jemand sie ermutigt, das Unrecht, das sie erlebt haben, mitzuteilen.“ Der ideelle Aspekt einer Entschuldigung sei daher viel wichtiger als Geld. „Es geht darum, das Leid anzuerkennen.“

„Jetzt muss man was anbieten“

Brigit Lösch, grüne Landtagsvizepräsidentin, war Antreiberin des nun gestellten politischen Antrags. Vorgeprescht und mit der Neugier an die Öffentlichkeit gegangen ist aber SPD-Landeschef Nils Schmid. Lösch hat nach eigenen Angaben seit eineinhalb Jahren an dem Antrag gearbeitet. Doch von der SPD sei lange keine Reaktion gekommen. In diesem Jahr ist Schmid Schirmherr des Christopher Street Day in Stuttgart. „Jetzt muss man ja was anbieten“, sagt Lösch.

Für Christoph Michl, Vorsitzender der Interessengemeinschaft CSD, zählt vor allem der Antrag. „Der Weg dahin ist mir egal“, sagt er. Mit der CSD-Schirmherrschaft nehme seine Interessengemeinschaft Politiker wie Nils Schmid in die Pflicht, sich mit den Forderungen der Community auseinanderzusetzen. Die Vorkämpfer für ihre Belange seien freilich andere.

Für eine Entschuldigung bleibt nicht mehr viel Zeit. Klaus Beer, 82, war Richter am Ulmer Amtsgericht, zwischen 1963 und 1965 hat er mehrere Homosexuelle nach Paragraf 175 verurteilt. Vor zwanzig Jahren hat er jedoch begonnen, über das Thema zu schreiben, heute fordert er eine offizielle Entschuldigung seitens der Politik bei den Betroffenen. Für seine eigene Entschuldigung sei es schon zu spät, sagt er der taz, die von ihm Verurteilten seien längst verstorben. Den späten Zeitpunkt, zu dem sich das Land Baden-Württemberg nun zum Handeln entschließt, hält er für feige. „Die Politik hängt sich an das Thema, wo es im Volk durch ist.“

Für Brigitte Lösch hat das Thema aber durchaus Brisanz. „Wir brauchen ein gesamtgesellschaftliches Signal gegen einen wiederauflebenden Hass auf Homosexuelle, wie er sich etwa in den Diskussionen um den Bildungsplan stellenweise gezeigt hat“, sagt sie.

Auch Thomas Ulmer, Landes- und Bundesvorsitzender des Verbandes lesbischer und schwuler Polizeibediensteter, hält das Signal für wichtig: „Die Kollegen sind nicht mehr im Dienst, die den 175 mit Härte durchgesetzt haben. Aber sie haben ihre Einstellungen noch lange an junge Kollegen weitergegeben.“ Ressentiments gegen Homosexuelle hielten sich bei der Polizei bis heute, sagt er.

taz.zahl ich

Unser Artikel hat Ihnen gefallen? [taz zahl ich.](#)  1 [mehr erfahren](#)
Sie können dafür bezahlen!



POLITIK	ÖKO	GESELLSCHAFT	KULTUR	SPORT	BERLIN	NORD	WAHRHEIT
Deutschland	Ökonomie	Alltag	Musik	Fußball-WM		Hamburg	
Europa	Ökologie	Debatte	Film	2014		Bremen	bei Tom
Amerika	Arbeit	Kolumnen	Künste	Kolumnen		Kultur	über die Wahrheit
Afrika	Konsum	Medien	Buch				
Asien	Verkehr	Bildung	Netzkultur				
Nahost	Wissenschaft	Gesundheit					
Netzpolitik	Netzökonomie	Reise					

Abo	Neubau	Unterstützung	Hausblog	LE MONDE diplomatique
e-Paper	Shop	panterstiftung	Blogs	KONTEXT:Wochenzeitung
Info	Archiv	panterpreis	Reisen in die Zivilgesellschaft	Hilfe
Anzeigen	Café	taz.am wochенende	bewegung	
Genossenschaft		zeo2		

Hilfe Impressum Redaktionsstatut RSS Mobil Datenschutz Newsletter Kontakt

Alle Rechte vorbehalten. Für Fragen zu Rechten oder Genehmigungen wenden Sie sich bitte an lizenzen@taz.de

suchen ...



Ads B1